

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 19. – 22.10.2009 IN STRAßBURG

Schwerpunkt der Plenardebatten war der kommende Europäische Rat (ER) vom 29./30.10.2009. Dabei standen als die beiden wichtigsten Themen des ER die Vorbereitung der Umsetzung des Lissabonvertrags, und die Klimakonferenz von Kopenhagen im Vordergrund. Die Abgeordneten kritisierten die Forderungen des tschechischen Präsidenten *Klaus* und der Slowakei zu den Benes-Dekreten und forderten einen Abschluss der Ratifizierung sowie die Unterstützung von Entwicklungsländern im Kampf gegen den Klimawandel. Zudem hielt das EP zum ersten Mal eine „Fragestunde“, u. a. zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Beschäftigung und die soziale Kohäsion, mit dem Kommissionspräsidenten *José Manuel Barroso* ab, die dieser im Rahmen seiner Wiederwahl zugestanden hatte. Überraschend fielen alle neun Entschlüsse zur Informationsfreiheit in Italien und in anderen europäischen Ländern durch. Aus bayerischer Sicht von besonderem Interesse war die Entschlüsselung über den Haushalt 2010 mit der Einrichtung eines Milchfonds in Höhe von 300 Mio. €. Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2009 ging an die russische Bürgerrechtsorganisation MEMORIAL. Das EP genehmigte zudem 5,6 Mio. € aus dem Europäischen Globalisierungsfonds für ehemalige Nokia-Mitarbeiter in Nordrhein-Westfalen (s. auch die Berichte aus den Ressorts).

Alle Informationen zur Plenartagung unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm

ERWEITERUNG: KROATIEN AUF GUTEM WEG; ERÖFFNUNG DER VERHANDLUNGEN MIT MAZEDONIEN VORGESCHLAGEN; KAUM REFORMEN IN DER TÜRKEI

In den am 14.10.2009 vorgestellten Jahresberichten zu den Fortschritten der westlichen Balkanländer und der Türkei auf dem Weg zur europäischen Integration attestierte Erweiterungskommissar *Olli Rehn* Kroatien gute Fortschritte auf dem Weg zum Abschluss der Erweiterungsverhandlungen 2010 und empfahl dem Europäischen Rat die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien (FYROM). Die Kommission kritisierte die Türkei wegen mangelnder



Reformen, insbesondere im Bereich der Grundrechte und der Rechtstaatlichkeit, sowie der Missachtung des sog. Ankara-Protokolls und forderte eine Lösung der Zypern-Frage. Die Kommission unterstrich die Bedeutung der Visaliberalisierung für einige Länder des westlichen Balkans 2010 und äußerte sich besorgt über den dringenden Reformbedarf in Bosnien-Herzegowina. In einer gesonderten Mitteilung zum Kosovo regte die Kommission eine neue Stufe der Beziehungen durch die Vorbereitung von Visaerleichterungen und eines umfassenden Handelsabkommens an. Die Kommission unterstrich, dass bilaterale Probleme keine Auswirkungen auf die Erweiterungspolitik haben sollten.

http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_oct_2009_de.htm

BÜROKRATIEABBAU: JAHRESBERICHT ZUR REDUZIERUNG VON VERWALTUNGSLASTEN – ERWARTUNGEN ÜBERTROFFEN

Die Kommission hat am 22.10.2009 ihren Jahresbericht zum Fortschritt des Aktionsprogramms zur Reduzierung von Verwaltungslasten für Unternehmen um 25 % bis 2012 (s. EB 02/07) vorgelegt. Demnach wurden Vorschläge zur Reduzierung der Verwaltungslasten von insgesamt 123,8 Mrd. € um etwa 40,4 Mrd. € und damit sogar für eine Reduzierung um 33 % vorgelegt. Davon wurden bisher Maßnahmen in Höhe von 7,6 Mrd. umgesetzt. Kommissionspräsident *Barroso* und Industriekommissar *Verheugen* forderten daher Rat und EP auf, die Vorschläge anzunehmen.

Der gesamte Bericht findet sich unter:

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?lang=de&tpa_id=128&item_id=3766

Beispiele der vorgeschlagenen Maßnahmen und eine numerische Auflistung unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/474&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

JOURNALISTENPREISE 2009 DES EP FÜR ARTE UND GEO

Zwei von 4 Journalistenpreisen des Europäischen Parlaments (EP) wurden am 15.10.2009 von EP-Präsident *Jerzy Buzek* an die TV-Autoren *Elke Sasse* und *Kristian Köhler* von ARTE sowie an die GEO-Redakteurin *Ines Possemeyer* verliehen. Weitere Preisträger waren in der Kategorie Radio der polnische Journalist *Zbigniew Plenser* und in der Kategorie Internet ein Online-Artikel



seines ungarischen Kollegen *Szlankó Bálint*.

Informationen zu den Beiträgen unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/039-62347-285-10-42-906-20091012IPR62344-12-10-2009-2009-false/default_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

KOMMISSION SCHLÄGT ÄNDERUNG VON ASYLVERFAHRENS- RICHTLINIE UND ASYLQUALIFIKATIONSRICHTLINIE VOR

Die Kommission hat das „Asylpaket 2“ vorgelegt. Kommissionsvizepräsident *Barrot* betonte bei einer Pressekonferenz, die Vorschläge sollten Verfolgten ein höheres Maß an Schutz bieten und die EU-Asylvorschriften vereinfachen. Innenminister *Herrmann* und die bayerischen Europaabgeordneten *Hohlmeier* und *Weber* kritisierten die Vorschläge.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1552&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/472&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

SCHWEDISCHE PRÄSIDENTSCHAFT VERÖFFENTLICHT ENTWURF FÜR DAS STOCKHOLMER PROGRAMM

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat ihren Entwurf für das neue Mehrjahresprogramm im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht, das an das Haager Programm 2004-2009 anknüpfen soll, veröffentlicht. Es soll vom Europäischen Rat am 10.12.2009 gebilligt werden.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/16/stockholm_programme_made_public

KOMMISSION BERICHTET ZUR GEGENSEITIGKEIT BEI DER VISAFREI- HEIT – KRITIK AN KANADISCHER VISAPFLICHT FÜR TSCHECHISCHE BÜRGER

Die Kommission hat ihren 5. Bericht zur Umsetzung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit bei der Visumfreiheit vorgelegt. Sie kritisiert die Wiedereinführung der Visapflicht für tschechische Staatsbürger in Kanada und kündigt an, im Fall des Scheiterns der Gespräche die Wiedereinführung der Visapflicht für Inhaber kanadischer Diplomatpässe, vorzuschlagen.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1547&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP WILL AUSWIRKUNGEN DES EU-VERGABERECHTS AUF KOMMUNEN PRÜFEN – KOMMISSION STELLT MEHRERE VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN EIN

Nachdem der Europäische Gerichtshof die EU-Vergaberichtlinien mehrfach kommunalfreundlich ausgelegt hat, will das Europäische Parlament in einem Initiativbericht zum aktuellen Stand des Vergaberechts und seiner Anwendungspraxis Stellung nehmen. 7 Abgeordnete planen zudem eine fraktionsübergreifende „Intergroup“ zu den Diensten von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge). Die Kommission hat einige Vertragsverletzungsverfahren, darunter mehrere gegen Deutschland, eingestellt, die sie gegen verschiedene Formen kommunaler Zusammenarbeit eingeleitet hatte.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

KOMMISSION LEGT VERORDNUNGSVORSCHLAG ZUM INTERNATIONALEN ERBRECHT UND ZUR VEREINFACHTEN ABWICKLUNG VON GRENZÜBERSCHREITENDER ERBFÄLLEN VOR

Die Kommission hat am 14.10.2009 ihren Verordnungsvorschlag zur Behandlung von grenzüberschreitenden Erbfällen vorgelegt. Er regelt die Zuständigkeit der Gerichte, das anwendbare Erbrecht und sieht ein Europäisches Nachlasszeugnis vor.

VERBRAUCHERSCHUTZ: RAT BEGRENZT EU-PASSAGIERRECHTE BEI KLEINEN SCHIFFEN UND KURZSTRECKEN

Am 09.10.2009 erzielte der Rat der Verkehrsminister eine politische Einigung für eine Verordnung zu Fahrgastrechten im See- und Binnenschiffsverkehr, der die Grundlage des Gemeinsamen Standpunkts werden soll.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/110493.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13874.de09.pdf>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 20.10.2009 IN LUXEMBURG

Der ECOFIN-Rat hat in seiner Sitzung am 20.10.2009 insbesondere Schlussfolgerungen zu den Exit-Strategien für den Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen verabschiedet. Wesentliche Punkte sind die Koordinierung der Exit-Strategien im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Beginn mit den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung spätestens im Jahr 2011 (bei positiver wirtschaftlicher Entwicklung), strukturelle Konsolidierung deutlich über 0,5 % des BIP p. a.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/110612.pdf

Daneben wurden Schlussfolgerungen zur Verstärkung der Vorkehrungen zur Sicherung der Finanzmarktstabilität in der EU getroffen (Stärkung des bestehenden Regelungsrahmens für Krisenverhütung, Krisenmanagement und Krisenbewältigung und engere Koordinierung der Strategien zur Sicherung der Finanzmarktstabilität).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/110617.pdf

KONSULTATION ZU EINEM NEUEN EU-RAHMEN FÜR KRISENMANAGEMENT IM BANKENSEKTOR

Die Kommission hat am 20.10.2009 mit einer Mitteilung eine Konsultation zu einem neuen EU-Rahmen für Krisenmanagement im Bankensektor eingeleitet. Dieser Rahmen soll die neue EU-Finanzaufsichtsstruktur ergänzen. Handlungsmöglichkeiten sind aus Sicht der Kommission ein frühzeitiges Eingreifen durch aufsichtsrechtliche Maßnahmen, die Entwicklung von Abwicklungsmechanismen für Finanzinstitute und die Harmonisierung der bestehenden Insolvenzverfahren. Im Rahmen der Konsultation können Interessierte bis zum 20.01.2010 Stellung nehmen. Im Februar 2010 wird voraussichtlich eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/crisis_management/index_de.htm#consultation

EU-HAUSHALT 2010: ERSTE LESUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Der ECOFIN-Rat hat sich im Juli 2009 in erster Lesung auf den Entwurf des



EU-Haushalts 2010 geeinigt. Der Entwurf sah ein Ausgabevolumen von 120,5 Mrd. € vor. Die Kommission hatte in ihrem Haushaltsvorentwurf noch ein Ausgabevolumen von 122,3 Mrd. € vorgeschlagen. Nach dem Votum des Parlaments in erster Lesung soll sich das Ausgabevolumen im EU-Haushalt 2010 demgegenüber auf rund 127 Mrd. € bei den Zahlungsermächtigungen erhöhen. Das Parlament sieht zusätzliche Mittel in Höhe von 300 Mio. € für die Finanzierung des neuen Milchfonds und in Höhe von 1,5 Mrd. € für die Finanzierung des Energieteils des zweiten Teils des europäischen Konjunkturprogramms vor.

Rat und Parlament müssen in der Folge versuchen, sich auf den EU-Haushalt 2010 zu einigen. Hierzu wird es eine weitere Konzertierung zwischen Rat und Parlament geben. Die zweite Lesung im Rat ist für November 2009 vorgesehen, die zweite Lesung im Parlament dann bis Ende des Jahres.

ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR ÜBERPRÜFUNG DER HAUSHALTSORDNUNG

Die Europäische Kommission hat am 19.10.2009 eine öffentliche Konsultation zu den Haushaltsregeln für die aus dem EU-Haushalt finanzierten Programme eingeleitet. An der Konsultation, die am 18.12.2009 endet, können sich alle interessierten Kreise, insbesondere Empfänger und Verwalter von öffentlichen Mitteln, beteiligen. Die Kommission will die Finanzvorschriften benutzerfreundlicher und straffer gestalten. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die Überarbeitung der Haushaltsordnung einfließen, die von der Kommission Mitte 2010 vorgelegt wird. Die überarbeiteten Vorschriften sollen erlassen werden, bevor der gegenwärtige mehrjährige Finanzrahmen im Jahr 2013 ausläuft. Die Überarbeitung dieser Finanzvorschriften darf nicht mit der Reform des EU-Haushalts verwechselt werden, die viel weitreichender ist und die Ausgabenprioritäten und Einnahmen für den EU-Haushalt umfasst.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1542&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/budget/library/consultations/FRconsult2009/consultation_aper_de.pdf

MITTEILUNG DER EU-KOMMISSION ZUR LANGFRISTIGEN TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Die EU-Kommission hat am 14.10.2009 eine Mitteilung und einen Bericht zur



langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen angenommen. Eine entsprechende Mitteilung und ein Bericht wurden erstmals im Jahr 2006 veröffentlicht. Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten nach dem Grad ihrer langfristigen Risiken und deren Ursachen in vier Gruppen eingeteilt. Zur unteren Risikogruppe mit einem geringen Haushaltsrisiko gehören Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland und Schweden. Deutschland liegt eine Risikogruppe darüber. Trotz der hohen Kosten der demographischen Entwicklung hält die Kommission die budgetäre Ausgangsposition Deutschlands aber noch für vergleichsweise solide. Notwendig sind aus Sicht der Kommission mittelfristige Konsolidierungsmaßnahmen durch Erhöhung der Einnahmen oder Kürzungen auf der Ausgabenseite und weitere Reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Besonders angespannt ist die Lage in Irland, Griechenland, Spanien, Slowenien und Großbritannien.

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15996_de.pdf

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15998_en.pdf

EMPFEHLUNG DER EU-KOMMISSION ZU VERFAHREN BEI QUELLEN- STEUERER-LEICHTERUNGEN

Die EU-Kommission hat am 19.10.2009 eine Empfehlung herausgegeben, wie die Mitgliedstaaten für in der EU ansässige Investoren die Gewährung einer Quellensteuerermäßigung auf Erträge aus Dividenden, Zinsen und anderen Wertpapieren aus anderen Mitgliedstaaten vereinfachen können. Daneben geht es um die Beseitigung steuerlicher Hemmnisse bei Wertpapieranlagen von Finanzinstituten.

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/whats_new/C\(2009\)7924_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/whats_new/C(2009)7924_de.pdf)

KOMMISSION SCHLÄGT OPTIONEN FÜR SICHERE DERIVATE-MÄRKTE VOR

Die Kommission hat am 20. Oktober 2009 in einer Mitteilung dargelegt, mit welchen Maßnahmen künftig die Transparenz der Derivate-Märkte erhöht, die Kontrahenten- und Handelsrisiken vermindert und Aufsicht über die Derivate-Märkte, sowie deren Integrität, gestärkt werden könnten. Gesetzgebungsvorschläge sollen 2010 folgen. Zuvor soll aber noch eine Folgenabschätzung vorgenommen werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/financial-markets/derivatives/index_en.htm



WOLF KLINZ ZUM VORSITZENDEN DES SONDERAUSSCHUSSES FÜR DIE FINANZMARKTKRISE GEWÄHLT

Der Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) hat *Wolf Klinz* (ALDE/D) am 15. Oktober 2009 zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der Sonderausschuss war am 7. Oktober 2009 eingerichtet worden, um die Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu analysieren und zu evaluieren. Der Ausschuss hat 45 Mitglieder und ein 12-monatiges Mandat, das verlängert werden kann. Der Sonderausschuss wird dem Parlament einen Zwischen- und einen Endbericht mit Empfehlungen für Maßnahmen und Initiativen vorlegen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION SCHLÄGT OPTIONEN FÜR SICHERE DERIVATE-MÄRKTE VOR

Die Kommission hat am 20. Oktober 2009 eine Mitteilung vorgelegt, mit welchen Maßnahmen künftig die Transparenz der Derivate-Märkte erhöht, die Kontrahenten- und Handelsrisiken vermindert und Aufsicht sowie Integrität der Derivate-Märkte gestärkt werden könnten. Gesetzgebungsvorschläge sollen 2010 folgen. Zuvor soll aber noch eine Folgenabschätzung vorgenommen werden.

http://ec.europa.eu/internal_market/financial-markets/derivatives/index_en.htm

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU KÜNFTIGEM KRISENMANAGEMENT FÜR BANKEN

Die Europäische Kommission hat am 20. Oktober 2009 eine Mitteilung für ein Krisenmanagement im Bankensektor verabschiedet. Ziel der Kommission ist, künftig die Rettung von Banken auf Kosten von Staaten und Steuerzahlern zu vermeiden. Für grenzübergreifend tätige Institute soll es Notfallpläne geben und bei einem Zusammenbruch sollen sie nach einem einheitlichen Insolvenzrecht abgewickelt werden. Die Konsultation läuft drei Monate und anschließend soll im Februar 2010 eine öffentliche Anhörung stattfinden, bevor die Kommission entsprechende Gesetzgebungsvorschläge vorlegen wird. Im Einzelnen s.



auch Beitrag im Bereich des StMF.

EU UND SÜDKOREA EINIGEN SICH AUF FREIHANDELSABKOMMEN

EU-Handelskommissarin *Catherine Ashton* und der koreanische Handelsminister *Kim Jong-hoon* haben am 15. Oktober 2009 das zwischen der EU und Südkorea ausgehandelte Freihandelsabkommen paraphiert. Das Abkommen muss nun von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden und das Europaparlament muss zustimmen. Die Bundesregierung hat bereits ein positives Votum signalisiert. Die Kommission hofft, dass das Abkommen in der zweiten Hälfte 2010 in Kraft treten kann.

WOLF KLINZ ZUM VORSITZENDEN DES SONDERAUSSCHUSSES FÜR DIE FINANZMARKTKRISE GEWÄHLT

Der Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) hat *Wolf Klinz* (ALDE/D) am 15. Oktober 2009 zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der Sonderausschuss war am 7. Oktober 2009 eingerichtet worden, um die Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union und seine Mitgliedstaaten zu analysieren und zu evaluieren. Der Ausschuss hat 45 Mitglieder und ein 12-monatiges Mandat, das verlängert werden kann. Der Sonderausschuss wird dem Parlament einen Zwischen- und einen Endbericht mit Empfehlungen für Maßnahmen und Initiativen vorlegen.

EUROSTAT-JAHRBUCH DER REGIONEN 2009 VERÖFFENTLICHT

Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, hat das neue Jahrbuch der Regionen veröffentlicht. Neben den Standardkapiteln zur regionalen Bevölkerungsentwicklung, zum regionalen Arbeitsmarkt oder dem regionalen Bruttoinlandsprodukt gibt es in diesem Jahr als neuen Beitrag eine Darstellung der regionalen Entwicklung der Informationsgesellschaft.

http://www.bookshop.europa.eu/eubookshop/download.action?fileName=KSH_A09001DEC_003.pdf&eubphfUid=10730628&catalogNbr=KS-HA-09-001-DE-C

ÖKO-EFFIZIENTES WIRTSCHAFTEN

Der Umweltministerrat hat Schlussfolgerungen zur „Entwicklung hin zu einer ökologisch-effizienten Wirtschaft“ verabschiedet. Darin wird die Kommission u. a. ersucht, konkrete Maßnahmen zu identifizieren und Leitlinien zu entwi-



ckeln, die das Anliegen in die neue Lissabon-Strategie post-2010 integrieren. Weiterhin wird die Kommission aufgerufen, noch im Jahre 2010 eine entsprechende integrierte Strategie vorzulegen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/110627.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

MILCH: AGRARMINISTER SPRECHEN SICH FÜR WEITERE HILFEN AUS

Auf dem Agrarministertreffen am 19./20. Oktober in Luxemburg kündigte die Kommission ein weiteres Hilfspaket von 280 Mio. EUR an. Derzeit ungeklärt sind die Fragen der Verteilung und des Maßnahmenspektrums. Deutschland erhält aus dem Paket voraussichtlich über 50 Mio. EUR. Zu den Vorschlägen der Kommission zur Eingliederung von Milch und Milchprodukten unter Art. 186 der einheitlichen Gemeinsamen Marktordnung (Dringlichkeitsmaßnahmen) sowie dem Vorschlag für ein Quotenherauskaufprogramm besteht weitgehend Einigkeit unter den Agrarministern. Die befristete Anhebung der De-minimis-Regelung auf 15.000 EUR zur Unterstützung der Milchbetriebe wird voraussichtlich Ende des Monats beschlossen. Die Kommission stellte bei dem Agrarministertreffen zudem ihren vierteljährlichen Quartalsbericht zum Milchmarkt vor, nach dem eine Erholung der Preise festzustellen ist (siehe hierzu Beitrag in diesem EB).

Das Europäische Parlament hat in seiner ersten Lesung zum Haushalt 2010 vorgeschlagen, einen Milchfond in Höhe von 300 Mio. EUR aufzulegen. Damit fordern die Parlamentarier 20 Mio. EUR mehr als von der Kommission vorgeschlagen wurde.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf

INTERVENTION FÜR BUTTER UND TROCKENMILCHPULVER WIRD VERLÄNGERT

Am 19. Oktober wurde vom Agrarrat der Vorschlag der Kommission, die Intervention für Butter und Trockenmilchpulver bis Ende Februar 2010 zu verlängern, angenommen, um den Milchmarkt zu entlasten. Normalerweise ist die Intervention nur von März bis Ende August befristet geöffnet.



<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/368.htm>

VIERTELJÄHRLICHER MILCHMARKTEBERICHT DER KOMMISSION

Der Bericht der Kommission, der am 19. Oktober den Agrarministern präsentiert wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass der Milchmarkt sich in den vergangenen Wochen stetig erholt hat. Die Preise auf dem europäischen, aber auch globalen Markt, steigen wieder an. Insbesondere die Butterpreise (Anstieg um 18 %) befinden sich über dem Interventionslevel. Auffällig sind allerdings die im Vergleich zu 2008 unterschiedlichen Milchpreise in den einzelnen Mitgliedstaaten. Der durchschnittliche Milchpreis in der EU hat sich um 2 Cent auf 26 Cent erhöht.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st14/st14477.en09.pdf>

KEINE EINIGUNG FÜR DIE ZULASSUNG GENTECHNISCH VERÄNDERTER MAISSORTEN

Wie zu erwarten war, konnten die Agrarminister bei ihrem Treffen am 19./20. Oktober keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Zulassung der drei vorgeschlagenen gentechnisch veränderten Maissorten finden. Damit kann die Kommission in eigener Zuständigkeit über die Zulassung entscheiden. Der Vorschlag der Kommission beinhaltet die Zulassung der genetisch veränderten Maissorten MON88017, MON89034 und 59122xNK603 zu Verarbeitungszwecken und zur Verwendung als Futtermittel oder Lebensmittel. Vor dem Hintergrund steigender Futtermittelpreise warb Kommissarin *Fischer Boel* für die Zulassung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf

FREIZEITFISCHEREI VON FISCHEREI-KONTROLLVERORDNUNG AUSGENOMMEN

Im Vorfeld des Rates führte eine missverständliche Pressemeldung, nach der Hobbyfischer aufgrund einer neuen Kontrollregelung zu einer Meldung ihrer Fänge in ein Fangregister verpflichtet seien, zu Irritationen.

Die Freizeitfischerei im Binnenland ist nicht Inhalt der Vorschläge der Fischerei-Kontrollverordnung. Bayerische Sportangler an Binnenseen oder Flüssen können ihrem Hobby weiter nachgehen, ohne befürchten zu müssen, jeden gefangenen Fisch registrieren zu lassen.



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/10614.pdf

MILCHERZEUGUNG IM WIRTSCHAFTSJAHR 2008/2009 IN DER EU UM 4,2 % UNTERSCHRITTEN

Laut Berechnungen der Kommission lag die Milcherzeugung der EU im Wirtschaftsjahr 2008/2009 (April-März) insgesamt 4,2 % unter der Referenzmenge. Österreich, Italien, Zypern, Luxemburg und die Niederlande überschritten ihre Milchquote um 348.400 t und müssen eine Abgabe in Höhe von 99 Mio. EUR leisten. In Deutschland wurde die Quote im Milchwirtschaftsjahr 2008/2009 um 0,9 % unterschritten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1525&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

SONDERBERICHT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES ZU MARKTSTEUERUNGSELEMENTEN FÜR MILCH VORGELEGT

Im Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes, der am 15. Oktober erschien, untersucht der Hof, inwieweit die Ziele der EU-Milchpolitik erreicht worden sind. Die Ziele sind Marktgleichgewicht, Preisstabilisierung, Sicherung der angemessenen Lebenshaltung für Erzeuger und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Der Rechnungshof empfiehlt, den Milchmarkt weiter zu überwachen, um eine Überproduktion zu vermeiden. Eine regelmäßige Beobachtung der Preisbildungsprozesse im Lebensmittelsektor wird ebenfalls empfohlen. Für Regionen, in denen die Milcherzeugung gefährdet ist, z. B. Berggebiete, sollten spezifische Lösungen vorgeschlagen werden, um die Probleme zu bewältigen.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3096296.PDF>

ERSTE SITZUNG DER HOCHRANGIGEN SACHVERSTÄNDIGUNGSGRUPPE „MILCH“

Am 13. Oktober tagte zum ersten Mal die High Level Group „Milch“, um über vertragliche Beziehungen und die Verhandlungsmacht im Milchsektor zu debattieren. Konkrete Ergebnisse konnten bei dem ersten Zusammentreffen noch nicht erzielt werden. Die monatlich tagende Gruppe von hochrangigen Beamten, unter der Leitung von *Jean-Luc Demarty*, wird Ende Juni 2010 einen Abschlussbericht vorlegen. Die Hochrangige Gruppe wurde von der Kommission



im Rahmen der Vorschläge zur Stabilisierung des Milchmarktes eingesetzt. Sie hat den Auftrag, die mittel- und langfristige Zukunft des Milchsektors zu erörtern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1521&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ÜBERARBEITETES EU-SCHULMILCHPROGRAMM SOLL MEHR KINDERN EINE BREITERE AUSWAHL AN MILCHPRODUKTEN ZUGÄNGLICH MACHEN

Um das Schulmilchprogramm attraktiver zu gestalten, hat die Kommission am 15. Oktober 2009 eine Überarbeitung des Programms angenommen. Zu den wesentlichen Änderungen gehört, dass in Zukunft eine breitere Palette angeboten werden kann, so dass nun beispielsweise auch Produkte mit höherem Fruchtgehalt als bisher unter das Programm fallen können. Weiterführende Schulen haben in Zukunft denselben Zugang zum Programm wie Grundschulen, Kindergärten und Vorschulen. Das EU-Schulmilchprogramm soll gesunde Ernährung sowohl praktisch als auch pädagogisch vermitteln, zum Kampf gegen Fettleibigkeit bei Kindern beitragen und eine gesündere Lebensweise fördern.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/367.htm>

EU UNTERZEICHNET FREIHANDELSABKOMMEN MIT SÜDKOREA

Am 15. Oktober unterzeichneten die EU-Handelskommissarin *Catherine Ashton* und Südkorea ein ehrgeiziges Freihandelsabkommen, um neue Handlungsperspektiven und höhere Wachstumsraten zu erzielen. Wesentlicher Bestandteil des Abkommens ist der Wegfall von Einfuhrzöllen im Wert von 1,6 Mrd. EUR, wobei Agrarexporteure jährlich 380 Mio. EUR und Maschinenexporteure 450 Mio. EUR einsparen werden. Auch für Wein und Käse werden ab dem Inkrafttreten des Abkommens keine Zölle mehr zu zahlen sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/452&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EU-KOMMISSION: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN



DEUTSCHLAND WEGEN GLEICHBEHANDLUNGSRICHTLINIE VERSCHÄRFT

Die Europäische Kommission hat mit der Vorlage einer mit Gründen versehenen Stellungnahme die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland zur Umsetzung der sog. „revidierten Gleichbehandlungsrichtlinie“ (2002/73/EG) eingeleitet. Sie begründete die Verschärfung mit einer mangelhaften Umsetzung der europäischen Vorschriften zum Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Beschäftigung und Beruf durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Aus Sicht der Brüsseler Behörde seien Arbeitnehmer in Deutschland bei Kündigungen unzureichend vor Benachteiligungen geschützt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1447&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT: MITTEL AUS GLOBALISIERUNGSFONDS FÜR EHEMALIGE NOKIA-MITARBEITER

Das Europäische Parlament (EP) hat sich am 20. Oktober 2009 dafür ausgesprochen, Mittel aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) für die ehemaligen Mitarbeiter des Nokia-Werks in Bochum bereitzustellen. Infolge der Produktionsverlagerung des Unternehmens im vergangenen Jahr nach Asien und Südamerika waren über 1.300 Beschäftigte arbeitslos geworden. Zur Weiterbildung, Unterstützung bei der Arbeitssuche und sonstigen Fördermaßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bewilligten die EP-Abgeordneten mit großer Mehrheit (598:49:30 Stimmen) rund 5,6 Millionen Euro.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm

INTERNATIONALER TAG DER ARMUT: KOMMISSION BEKRÄFTIGT ENGAGEMENT ZUR BESEITIGUNG VON SOZIALER AUSGRENZUNG

Anlässlich des Internationalen Tags der Armut am 17. Oktober 2009 hat die EU-Kommission ihr Engagement zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung bekräftigt. Um die aktive Eingliederung voranzutreiben, seien umfassende Konzepte erforderlich, die Maßnahmen zur Förderung von integrierten Arbeitsmärkten, Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen sowie angemessenem Mindesteinkommen miteinander verbinden. Gleichzeitig standen diese Fragen auch im Mittelpunkt der achten „Rundtischgespräche“ zu Armut und



sozialer Ausgrenzung der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Ratspräsidentschaft am 15. und 16. Oktober 2009 in Stockholm.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/15/we_need_a_strong_political_commitment_against_social_exclusion

GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN: STEIGERUNG DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS

Geschlechtergleichstellung als Motor für Wirtschaftswachstum stand im Mittelpunkt einer Tagung des EU-Ratsvorsitzes am 15. und 16. Oktober 2009 in Stockholm. Die Bedeutung der Gleichstellung von Frauen und Männern wurde insbesondere vor dem Hintergrund der künftigen Ausgestaltung der EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung („Post-Lissabon-Agenda“) beleuchtet. Laut einer Studie, die im Rahmen der Konferenz vorgestellt wurde, könnte nach Auffassung der Kommission die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beschäftigung zu einer Steigerung des BIP von 15 bis zu 45 Prozent in den EU-Mitgliedstaaten führen.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/19/modern_model_for_sustainable_growth_must_be_based_on_gender_equality

GESUNDHEIT: KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUM ABBAU VON GESUNDHEITLICHEN UNGLEICHHEITEN VOR

Die Kommission hat am 20. Oktober 2009 eine Mitteilung „Solidarität im Gesundheitswesen: Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU“ verabschiedet. Darin schlägt sie eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung der zwischen und in den Mitgliedstaaten bestehenden Ungleichheiten im Gesundheitsbereich vor. Ziel dieser Initiative ist es, allen EU-Bürgern – unabhängig von Wohnort, sozialen und ethnischen Hintergründen – einen hohen Gesundheitsstandard zu bieten und die Mitgliedstaaten bzw. andere Interessengruppen bei entsprechenden politischen Strategien zu unterstützen sowie ergänzende Maßnahmen zu treffen. Diese betreffen u.a. die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen, die Gestaltung der Gesundheitsförderung und des Gesundheitsschutzes sowie die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ein erster Fortschrittsbericht soll 2012 verfasst werden (s. auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMUG).

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/socio_economics/socio_economics_en.htm



KOMMISSION SCHLÄGT ÄNDERUNG VON ASYLVERFAHRENSRICHTLINIE UND ASYLQUALIFIKATIONSRICHTLINIE VOR

Die Kommission hat das „Asylpaket 2“ mit Vorschlägen zur Änderung der Asylverfahrensrichtlinie und der Qualifikationsrichtlinie vorgelegt. Kommissionsvizepräsident *Jacques Barrot* betonte bei einer Pressekonferenz, die Vorschläge sollten Verfolgten ein höheres Maß an Schutz bieten und die EU-Asylvorschriften vereinfachen. Innenminister *Joachim Herrmann* und die bayrischen Europaabgeordneten *Monika Hohlmeier* und *Manfred Weber* kritisierten die Vorschläge.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1552&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/472&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNGSAUSSCHUSS DISKUTIERT ÜBER BERUFLICHE ENTWICKLUNG VON LEHRKRÄFTEN UND SCHULLEITERN

Nachdem sich die europäischen Bildungsminister im Rahmen eines informellen Treffens bereits Ende September mit der Lehrerbildung sowie der Rolle der Schulleiter befasst hatten, legte die Kommission nun im Bildungsausschuss ein Hintergrundpapier zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften und Schulleitern vor. Studien hätten ergeben, dass das gute Abschneiden von Schülern maßgeblich von den Fertigkeiten der Lehrkräfte abhängt. Da es in vielen Mitgliedstaaten keine systematische Einführung in den Lehrberuf gebe, könnten die Mitgliedstaaten in diesem Bereich viel voneinander lernen. Im Hinblick auf den vom schwedischen Vorsitz vorgelegten Entwurf für Ratschlussfolgerungen regten verschiedene Mitgliedstaaten an, die Notwendigkeit einer hochwertigen Grundausbildung sowie die Bedeutung der Mobilität von Lehrkräften stärker hervorzuheben.

KOMMISSION LEGT NEUE STUDIE ZUR KUNSTERZIEHUNG IN DER EU VOR

Im Rahmen des Europäischen Jahrs der Kreativität und Innovation wurde von der Europäischen Kommission eine Studie zur Kunsterziehung in Europa durchgeführt. Der nun veröffentlichte Bericht vermittelt einen Überblick über die



Ziele der Kunsterziehung, über das Angebot an außerschulischen Aktivitäten sowie über die Notengebung und die Ausbildung von Lehrkräften im Kunstbereich in 30 europäischen Staaten.

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/113EN.pdf

EURYDICE VERÖFFENTLICHT ÜBERSICHTEN ZU SCHUL- UND SEMESTERFERIEN

Das Eurydice-Netzwerk hat im Internet umfassende Informationen zum schulischen sowie zum akademischen Jahr in 31 europäischen Staaten veröffentlicht. Zielgruppe sind insbesondere Schüler und Studenten, die an einer Austauschmaßnahme teilnehmen sowie alle anderen Personen, die sich an europäischen Kooperationsprojekten im Bereich der Bildung beteiligen.

<http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/calendars/102EN.pdf>

<http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/calendars/103EN.pdf>

INFORMATIONSTAG ZUM PROGRAMM FÜR LEBENSLANGES LERNEN AM 07.12.2009

Die Europäische Kommission veranstaltet zusammen mit der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur am 07.12.2009 in Brüssel einen Informationstag zum Programm für Lebenslanges Lernen. Dabei sollen unter anderem die für das Jahr 2010 zu beachtenden Änderungen hinsichtlich der Einreichung von Vorschlägen vorgestellt werden.

http://ec.europa.eu/education/news/news1852_en.htm

ÜBERARBEITETES EU-SCHULMILCHPROGRAMM SOLL MEHR KINDERN EINE BREITERE AUSWAHL AN MILCHPRODUKTEN ZUGÄNLICH MACHEN

Infolge einer Überarbeitung des EU-Schulmilchprogramms erhalten weiterführende Schulen in Zukunft denselben Zugang zum Programm wie Grundschulen, Kindergärten und Vorschulen. Darüber hinaus wird eine breitere Auswahl an Milchprodukten durch die EU-Zuschüsse gefördert (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMELF in diesem EB).



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 21.10.2009 IN LUXEMBURG

Am 21.10.2009 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Luxemburg. Schwerpunkte waren dabei u. a. Aussprachen zur Revision der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE) und der Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS) sowie Schlussfolgerungen zur Positionierung der EU bei den UN-Klimaverhandlungen und zur Schaffung einer öko-effizienten Wirtschaft.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/110643.pdf

GENTECHNISCH VERÄNDERTE MAISSORTEN - KEINE EINIGUNG IM AGRARRAT FÜR DIE ZULASSUNG

Der Rat der Agrarminister konnte erwartungsgemäß am 19./20.10.2009 keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Zulassung der drei vorgeschlagenen gentechnisch veränderten Maissorten finden. Damit kann die Kommission nun in eigener Zuständigkeit über die Zulassung entscheiden. Der Vorschlag der Kommission beinhaltet die Zulassung der genetisch veränderten Maissorten MON88017, MON89034 und 59122xNK603 zu Verarbeitungszwecken und zur Verwendung als Futtermittel oder Lebensmittel (s. EB 15/09 und 14/09). In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass auch die Sektion „Gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel und Bewertung der Risiken“ des „Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit“ (SCFCAH, Standing Committee on the Food Chain and Animal Health) sich auf seiner Sitzung am 19.10.2009 nicht mit qualifizierter Mehrheit auf einen Vorschlag zur Zulassung der Maislinie MIR604 des Syngenta Konzerns einigen konnte. Damit wird die Kommission auch diesen Vorschlag dem Rat zur Entscheidung vorlegen (s. hierzu auch Bericht des StMELF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/10614.pdf



ERGEBNISSE DES RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 12.10.2009 IN LUXEMBURG – BEREICH GESUNDHEIT

Am 12.10.2009 tagte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) im Rahmen einer Sondersitzung in Luxemburg. Die Gesundheitsminister verabschiedeten auf dieser außerordentlichen Sitzung Ratsschlussfolgerungen zur „H1N1-Pandemie-2009, ein strategisches Konzept“. Die somit beschlossene Fortsetzung der bisherigen guten Zusammenarbeit auf EU-Ebene betrifft im Hinblick auf das weitere gemeinsame Vorgehen bei der Bekämpfung der Pandemie H1N1 u. a. folgende Schlüsselfragen: die Beschaffung bzw. die rechtzeitige Verfügbarkeit von Impfstoffen sowie die Impfstrategien, die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten als auch die globale Zusammenarbeit, die Sicherung der Funktionsfähigkeit wichtiger sektorübergreifender Bereiche und die einheitliche Kommunikation von Informationen in der Öffentlichkeit.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/110511.pdf

KOMMISSION NIMMT ABBAU GESUNDHEITLICHER UNGLEICHHEITEN IN ANGRIFF

Am 20.10.2009 hat die Kommission eine Mitteilung "Solidarität im Gesundheitswesen: Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU" verabschiedet. Darin schlägt sie eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung der zwischen und in den Mitgliedstaaten bestehenden Ungleichheiten im Gesundheitsbereich vor. Ziel dieser Initiative ist, allen EU-Bürgern - unabhängig von Wohnort, sozialen und ethnischen Hintergründen - einen hohen Gesundheitsstandard zu bieten und die Mitgliedstaaten, bzw. andere Interessengruppen, bei entsprechenden politischen Strategien zu unterstützen sowie ergänzende Maßnahmen zu treffen. Diese betreffen u. a. die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen, die Gestaltung der Gesundheitsförderung und des Gesundheitsschutzes sowie die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ein erster Fortschrittsbericht soll 2012 verfasst werden.

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/socio_economics/socio_economics_en.htm



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND EINGESTELLT: ÜBERTRAGUNGSPFLICHTEN VON KABELNETZBETREIBERN MIT EU-RECHT VEREINBAR

Die Europäische Kommission hat am 08.10.2009 ein wegen Übertragungspflichten gegen Deutschland eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren eingestellt. Das Verfahren ging auf eine Beschwerde über Vorschriften zurück, nach denen die Kabelnetzbetreiber in Deutschland zur Übertragung bestimmter öffentlich-rechtlicher Fernsehkanäle verpflichtet sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1491&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

DROHENDES VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN WEGEN FREQUENZ-VERSTEIGERUNGSVERFAHREN IN DEUTSCHLAND

Das von der Bundesnetzagentur geplante Versteigerungsverfahren von Mobilfunkfrequenzen im kommenden Jahr stößt auf Bedenken der Europäischen Kommission. In einem Schreiben an die Bundesnetzagentur äußerte die EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, *Viviane Reding*, ihre Bedenken in Bezug auf die Vereinbarkeit der vorhergesehenen Auktionsregeln mit Gemeinschaftsrecht. Wenn die Zweifel an einer wettbewerbsneutralen Frequenzvergabe nicht vollständig ausgeräumt würden, drohe ein Vertragsverletzungsverfahren.

<http://www.dowjones.de/site/2009/10/netzagenturbeirat-weist-eukritk-an-frequenzauktion-zur%C3%BCck.html>

EU VERÖFFENTLICHT ENTSCHEIDUNG UND MODERNISIERTE GSM-RICHTLINIE

Mit der Veröffentlichung neuer, den Betrieb von sogenannten „3 G“ (dritte Generation) - Mobiltelefonen in „GSM“ (Globales System für mobile Kommunikation) - Frequenzen erlaubenden Vorschriften, machte die EU am 20.10.2009 den Weg für eine neue Generation von Mobilfunkdiensten in Europa frei. Die neuen EU-Vorschriften passen die GSM-Richtlinie von 1987, die die Nutzung der für Mobilfunkdienste benötigten Funkfrequenzen regelt, den technologischen Entwicklungen an. Dadurch soll es den Betreibern erleichtert werden, neben den derzeitigen GSM-Diensten auch schnelle europaweite Dienste, wie z.B. mobile Internetanschlüsse, anzubieten. Außerdem soll die Reformierung



der ursprünglichen Richtlinie zur größeren Verbreitung drahtloser Breitbanddienste beitragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1545&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSIONSEMPFEHLUNG ZUR VERWIRKLICHUNG VON KLIMA- UND ENERGIEZIELEN IN DER INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONS-TECHNOLOGIEBRANCHE

Die Europäische Kommission hat am 09.10.2009 eine Empfehlung verabschiedet, die den Europäischen Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-Sektor auffordert, bis 2011 konkrete Schritte zur Steigerung ihrer Energieeffizienz auszuarbeiten. Die Empfehlung basiert auf einer im September 2009 zu Ende gegangenen öffentlichen Konsultation, die zu dem Ergebnis kam, dass zur Erreichung der festgelegten Ziele koordiniertes Handeln erforderlich ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1498&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ÜBER URHEBERRECHTE IN DER WISSENSBESTIMMTEN WIRTSCHAFT

Die am 19.10.2009 veröffentlichte Mitteilung über Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft befasst sich mit den geplanten Kommissionsmaßnahmen zur Bewältigung der mit der massenhaften Digitalisierung von Büchern einhergehenden kulturellen und rechtlichen Herausforderungen. Die Mitteilung wurde von *Viviane Reding*, Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, und Binnenmarktkommissar *Charlie McCreevy* gemeinsam verfasst. Nach deren Ansicht soll die Digitalisierung insbesondere von europäischen Bibliothekbeständen nicht länger an ungeklärten Urheberrechten scheitern. Zentrales Anliegen ist v. a. die zu klärende Frage der sogenannten „verwaisten Werke“, daneben aber auch eine Verbesserung der Verbreitung und Verfügbarkeit von Informationen für behinderte Menschen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1544&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

DIGITALE BIBLIOTHEK DES EU-BOOKSHOPS ONLINE ABRUFBAR

Über 110.000 EU-Veröffentlichungen können seit dem 16.10.2009 aus der



digitalen Bibliothek des EU Bookshops kostenlos heruntergeladen. Dieser Dienst, der auf der Frankfurter Buchmesse erstmals vorgestellt wurde, bietet Zugriff auf alle Titel, die seit 1952 vom Amt für Veröffentlichungen im Namen der Institutionen, Agenturen und sonstigen Einrichtungen der EU herausgegeben wurden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1529&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://www.bookshop.europa.eu/eubookshop/index.action?request_locale=DE

KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZU CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN DES DIGITALEN KINOS

Die Kommission hat am 16.10.2009 eine öffentliche Konsultation zu den Chancen und Herausforderungen des digitalen Kinos eingeleitet. Am selben Tag stellte die Kommission ihre Pläne hierzu in der Ratsarbeitsgruppensitzung Audiovisuelle Medien vor. Bis zum 16.12.2009 können sich Fachkräfte des audiovisuellen Sektors in der EU dazu äußern, wie sich das digitale Kino auf den europäischen Filmsektor auswirken könnte. Die Ergebnisse der Konsultation plant die Kommission im ersten Quartal 2010 in einer Mitteilung zu veröffentlichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>